

**BEVÖLKERUNGSPOLITIK IST KEINE SOZIALPOLITIK:
WARUM DER STAAT ECHE ANREIZE ZUM KINDERKRIEGEN SETZEN MUSS**

Anmerkungen zum Vorschlag der Bundesfamilienministerin Renate Schmidt zur Einführung eines einkommensabhängigen Elterngelds

Presseerklärung

8. September 2004
empirica paper Nr. 103
<http://www.empirica-institut.de/kufa/empi103up.pdf>

Der Befund ist erschreckend: die Geburtenrate in Deutschland ist mit 1,4 Geburten pro Frau auf dem Tiefstand und gut ausgebildete Frauen verzichten immer öfter ganz darauf, Kinder zu bekommen. Die negativen Folgen dieser „Geburtenverweigerung“ sind allgemein bekannt. Es liegt auf der Hand, dass man angesichts dieser Tatsachen die klassische sozialpolitische Familienpolitik zu einer aktiven Bevölkerungspolitik umgestalten muss, will man dem Trend der Vergreisung wirklich etwas entgegensetzen.

Vertreter aller Parteien und Gruppierungen sind sich einig, dass Deutschland mehr für seine Kinder und Familien tun muss. Gestritten wird nun um die einzusetzenden Mittel. Ein wichtiger Schritt für mehr Familienfreundlichkeit in Deutschland scheint aber beschlossen: Wenn die erwarteten Einsparungen durch Hartz IV wirklich eintreffen, werden die Kinderbetreuungskapazitäten massiv ausgebaut.

Die Überlegungen gehen nun aber weiter. Der Vorschlag von Familienministerin Renate Schmidt zur Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes zum Ausgleich des Verdienstaufschlags bei der Geburt eines Kindes stößt auf unterschiedliche Reaktionen: Es wird der eigentlich unstrittige Punkt angemahnt, dass zunächst die Kinderbetreuung ausgebaut werden muss. Andere argumentieren mit sozialer Ungerechtigkeit, wenn gut verdienende Eltern durch höhere Lohnersatzleistungen scheinbar mehr gefördert werden als Geringverdiener.

Diese Haltung ist verständlich, wurde doch die Familienpolitik lange Zeit als eine spezielle Sozialpolitik begriffen. Familienpolitische Leistungen zielen bislang auf Haushalte mit geringem Einkommen, damit der Lebensstandard ihrer Kinder nicht durch das geringe Einkommen der Eltern zu sehr beeinträchtigt wird.

Angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland und der fehlenden Geburten der gut ausgebildeten Mittelschicht muss sich die Familienpolitik jedoch neu orientieren, will sie einen aktiven Beitrag zur Bevölkerungspolitik leisten. Aufgabe der Familienpolitik muss daher die Förderung der Gleichstellung von Paaren mit Kindern und Paaren ohne Kinder sein. Es geht nicht um eine Umverteilung, sondern um horizontale Gerechtigkeit zwischen Eltern und Kinderlosen.

An diesem Punkt setzt das von der Ministerin Renate Schmidt vorgeschlagene „Elterngeld“ an, denn gerade bei der Entscheidung für das erste Kind spielen finanzielle Dinge und die erwarteten Karriereeinbußen eine große Rolle im Entscheidungsprozess, wie auch eine Studie des Forschungsinstituts empirica zeigen konnte. Die finanziellen Ausfälle, die eintreten, wenn eine Mutter oder ein Vater aufgrund der Geburt eines Kindes für eine gewisse Zeit die Erwerbstätigkeit unterbricht, sollen durch das Elterngeld ausgeglichen werden.

Akzeptiert man, dass künftig eine demographisch motivierte Ausgleichspolitik zugunsten der Familien immer dringlicher wird, dann muss auch eine familienfreundliche Einkommenspolitik betrieben werden. Das bedeutet auch, dass Haushalte mit hohem Einkommen, die progressiv besteuert auch progressiv entlastet werden: Die Zahnärztin mit Kindern wird aufgrund ihres kurzfristigen Verdienstaufschlags und ihrer langfristigen Einkommensminderungen gegenüber ihrer kinderlosen Kollegin, die in Vollzeit arbeitet, keine Karriereeinbußen zu erwarten hat und dauerhaft für ihrer Altersvorsorge sparen kann, benachteiligt.

Es wird jetzt fälschlich argumentiert, dass die Kinder der „Reichen“ bei einer solchen Politik dem Staat wertvoller sind als die Kinder der „Armen“. Tatsächlich geht es aber um Gleichbehandlung. Es geht darum, dass den Eltern die Entscheidung für ein Kind erleichtert wird. Momentan steht die individuelle und häufig negative Entscheidung junger Paare gegen ein Kind, dem kollektiven Interesse der Gesellschaft entgegen. Junge Paare sind nicht mehr bereit, die indirekten Kosten durch zeitweilige Einkommenseinbußen und Karrierenachteile zu tragen. Die Gesellschaft muss sich nun entscheiden, werden mehr Kinder gewollt, so müssen die „Kosten“ für die potentiellen Eltern gesenkt werden.

Man darf nicht vergessen, dass selbst nach der Einführung des Elterngeldes noch keine Gleichstellung zwischen Eltern und Kinderlosen erreicht wird. Das Elterngeld leistet nur einen Beitrag, die horizontalen Unterschiede zwischen Eltern und Kinderlosen abzumildern. Eine echte Familienförderung setzt erst dann ein, wenn Familien finanziell besser dastehen, als Kinderlose.